

Flörsheimer Zeitung

Anzeiger f. d. Rheingau Rheingauzeitung Flörsheimer Anzeiger

Erscheint: Dienstags, Donnerstags, Samstags (mit illustr. Beilage) Druck u. Verlag, sowie verantwortliche Schriftleitung: Heinrich Dreisbach, Friedheim a. R., Schulstraße. Telefon Nr. 56. Postfachkonto 18867 Frankfurt



Anzeigen kosten die 6-gespaltene Petitzeile oder deren Raum 12 Pfennig, auswärts 15 Pfennig. Kleinanzeigen die 6-gespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Der Bezugspreis beträgt 90 Pfennig ohne Trägerlohn.

Nummer 130

Dienstag, den 4. November 1930

34. Jahrgang

Aufgaben der Berufsberatung in heutiger Zeit.

Von Dr. Marie Bernays.

Die Berufsberatung der Jugend mit dem Ziel: den richtigen Weg an den richtigen Platz zu bringen, ist durch die schwere Krise in der sich unser Wirtschaftsleben seit Monaten befindet, besonders verantwortungsvolle Aufgaben gestellt. Auf dem Blick mag es scheinen, als ob die Berufsberatungsfunktionen leichter daran täten, bis auf weiteres ihre Pforten zu schließen und damit zu begnügen, theoretisch durch die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und Experimente Eignung oder Misseignung eines Jugendlichen für eine bestimmte Tätigkeit festzustellen. Denn wie wollen sie die zweite, wirtschaftliche Seite ihrer Aufgabe erfüllen? Wo ist der Beruf, zu dem man heute noch "kann"? Wo ist derjenige, von dem man nicht "abratet"?

Unter den jungen Menschen, die um einer eigentlichen Beratung willen, nicht in erster Linie der Stellenvermittlung wegen, Berufsrat aufsuchen, lassen sich deutlich zwei Grundtypen unterscheiden, die Entschlossenen und Begleiteten einerseits, Gleichgültigen und Unentschiedenen andererseits. Hinsichtlich der ersten Gruppe hat die Berufsberatung die Aufgabe, wie immer die leichtere Aufgabe: den Weg zum erzielten Ziel zu zeigen, die besonderen Anforderungen des Berufs zu verdeutlichen, das Zusammenfallen von Eignung und Neigung zu konstatieren als zu prüfen. Da der Berufs- und damit der Lebenswille hier stark entwickelt ist, wird man sich in diesen Fällen mit der Überzeugung trösten müssen, daß der Leuchtende in schlechten Zeiten auf seinen Platz kommen und in dem Maße, der von ihm ersehnter Tätigkeit einen Ersatz für Kämpfe finden wird.

Zugewandte bilden die unentschiedenen, gleichgültigen Jugendlichen für die Berufsberatung ein besonders schweres Problem. Hier heben sich ein starkes Ethos — bei rein geistigen Berufen — eine ausgesprochene Neigung — bei praktisch-technischen — zur Berufswahl treiben, steht natürlich der wirtschaftliche Gesichtspunkt im Vordergrund. Eine oder die andere Neigung ist wohl vorhanden, aber man möchte den Weg des Widerstandes gehen. In dieser furchtbaren — zweifelhaften Stimmung schwankt der junge Mensch zwischen verschiedenen Berufen wie: Ingenieur und Theologe, Bibliothekar oder Fürsorgerin, Bankfach oder Kunstgewerbe, hin und her.

Gerade hier hat die Berufsberatung heute ihre wichtigsten, verantwortungsvollen Aufgaben. Sie muß es sich aneignen, sich die Eignung des jungen Menschen für einen der zur Verfügung stehenden Berufe auf das Gründlichste zu prüfen; sie muß den Hauptnachdruck auf die Betonung der Tatsache legen, daß die Eignung zuerst und nicht ein in der Zukunft erwarteter, erhoffter Verdienst allein den Ausschlag bei der Berufswahl geben muß. Unsere Zeit ist hart und schließt rücksichtslos ungeeigneten wieder aus der Berufslaufbahn heraus, mag das Ziel der höheren Schule, der Hochschule oder der Berufstätigkeit mit mehr oder weniger Nähe erreicht worden sein. Der Berater muß den Mut aufbringen, vor überbelegten Ausbildungsinstitutionen im Interesse der Jugendlichen selbst zu warnen, und es mehreren sich glücklicherweise heute die Stimmen, die bei dieser Aufgabe unterstützen. Ist die Berufseignung nicht vorhanden, so wird auf die Dauer der einfachere Weg zur inneren Befriedigung und besserer äußerer Vorwärtskommen führen, als der ungeeignete gehobene Beruf. Es darf nicht übersehen werden, daß viel innere Verbitterung, viel unglückliches Lebensgefühl und auch manche erhebliche Schädigung der Gesundheit Folge einer falschen Berufswahl und unangemessenen Berufsausbildung oft sind.

Der wirtschaftliche Gegensatz bei der Geschlechter muß der Aufstieg der Weiber erleichtert werden; der großen Masse der übrigen, die für verschiedene Lebensgebiete Befähigten gegenüber, gilt es, auf die Weiblichkeit des Geschlechts hinzuweisen: es ist für den Menschen so erstrebenswert, als ein glückliches Verhältnis seiner Arbeit zu seinen Fähigkeiten und Kräften zu finden. Eine gesunde und zweckmäßige Lohn- und Gehaltspolitik, diese Bestrebungen einer verständigen Berufswahl unterstützen, indem sie auch in einfacheren Berufen die Aussicht auf eine befriedigende Lebensführung und Lebensformung eröffnet.

Wiederum wird heute verstärkt der Wunsch erhoben, daß sich Mädchen ausschließlich "weiblichen Berufen" widmen und daß die Konkurrenz um Männerposten abgeschwächt werden möge. Wenn man den Fortschritt einer "sinnvollen Arbeitsteilung" zwischen Mann und Frau begründet, so darf doch nicht übersehen werden, daß die sogenannten "weiblichen Berufe" durchaus nicht nur Frauenarbeiten aufzunehmen können, und daß auch alle Frauen Eignung für solche Berufe besitzen, um so mehr, als dieser Begriff bei den höheren Berufen meist in der Praxis ist. Zweifellos macht, um nur ein Beispiel herauszuheben, die Tätigkeit des Arztes, Konfliktursache; ist aber darum ihr Wert weniger, weniger kulturell notwendig? Ähnliches gilt von weiblichen Rechtsanwältinnen, vom weiblichen Richter. Auch über jedem Frauenleben steht das Wort: "Gebende". Und diese Forderung kann nur erfüllt werden, wenn der junge Mensch seine Kräfte in einer geeigneten Arbeit entfalten kann. "Gesegnet ist der, der seine Arbeit gefunden hat."

Brüning über unsere Außenpolitik.

Eine Erklärung im "Petit Parisien". — Der Ausgang der Reichstagswahlen. — Die deutsche Friedenspolitik. — Der drückende Young-Plan. — Die Wirkung der Rheinlandräumung in Deutschland. — Das Sicherheitsproblem wird noch immer erörtert.

Freiheit, das Ziel der deutschen Außenpolitik.

Reichskanzler Dr. Brüning veröffentlicht im "Petit Parisien" eine längere Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

Ich habe wiederholt und auch in meiner letzten Regierungserklärung nach den Wahlen erneut betont, daß die bisherige Außenpolitik, die sich als höchstes Ziel die Erringung der nationalen Freiheit sowie der moralischen und materiellen Gleichberechtigung gesetzt hat, wie bisher unter Ablehnung aller Abenteuer in organischer Weiterentwicklung auf dem Wege des Friedens weitergeführt werden soll.

Die Wahlen vom 14. September keine Kriegsandrohung.

Mit Bezug auf die bekannte Genfer Rede Briand's erklärte der Reichskanzler: Nicht Haß und Kriegsandrohung sind aus den Wahlen des 14. September hervorgegangen, sondern der Ausdruck eines tiefbedrückten und doch starken Volkes, das um seine nationale Zukunft ringt. Die Stimmen, die wir aus Frankreich hören, bringen fast übereinstimmend eine Enttäuschung zum Ausdruck, daß die Konzeptionen, die Frankreich durch Erleichterung der Reparationen und durch vorzeitige Räumung gemacht zu haben glaubte, in Deutschland nicht genügend gewürdigt wurden. Darin liegt eine Verkennung der möglichen Auswirkung dieser vereinbarten Maßnahmen.

Ein halbes Jahr nach dem Inkrafttreten des Young-Planes sind bereits allerorts Diskussionen über die Möglichkeit seiner Durchführung entbrannt. Frankreich als Hauptgläubiger muß einsehen, daß seine deutsche Regierung ihrem Volke eine Willkürschuld, die in ihrer Gesamtheit immer wieder als drückend empfunden wird, durch die an sich begrüßenswerte Ermäßigung um einige hundert Millionen tragbarer erscheinen lassen kann.

Frankreichs Enttäuschung.

Uns scheint die Enttäuschung Frankreichs über die angeblich nicht genügende Anerkennung der vorzeitigen Rheinlandräumung nicht gerechtfertigt. Die immer wieder hinausgeschobene Entscheidung hat die Wirkung und den Eindruck dieser lang erwarteten Maßnahme, die zudem nicht ohne neue Härten und Belastungen vor sich ging, sehr abgeschwächt.

Die endgültige Aufgabe dieser militärischen Sicherheitsmaßnahme hat indes keineswegs die Diskussion über die Sicherheitsfrage ein für allemal aus der Welt geschafft. Nach unserer Auffassung haben alle Staaten gleiches Recht auf Sicherheit, und wir verstehen nicht, warum hier mit zweierlei Maß gemessen werden soll.

Die Voraussetzungen des Friedens.

In Frankreich herrscht vielfach die Meinung, so schließt der Auffass. Dr. Brüning, daß es falsch sei, Deutschland immer neues Entgegenkommen zu zeigen, da es stets nach Erreichung eines Zieles sich nicht zufrieden gebe, sondern mit immer neuen Forderungen hervortrete. In der Tat steht die deutsche Außenpolitik ebenso wie die auch anderer Staaten noch vor vielen unerreichten Zielen. Deutschland ist noch weit entfernt von der vollen Souveränität seiner Großmachtsstellung. Viele Fragen, deren Lösung vertraglich vorgesehen ist, sind heute noch nicht bereinigt, ja zum Teil noch nicht einmal ernstlich in Angriff genommen. Solange dieser unnatürliche Zustand andauert, der vor mehr als einem Jahrzehnt in Ausübung der durch diesen Krieg geschaffenen Machtverhältnisse festgelegt wurde, wird Deutschland mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln auf eine Veränderung hinarbeiten versuchen und nach wie vor mit seinen berechtigten Ansprüchen hervortreten, deren Ausgleich, weit entfernt, Beunruhigungen hervorzurufen, zur Förderung des Friedens dienen wird.

Der Reichsbankausweis.

Devisen- und Goldzustuß.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. Oktober hat sich in der Ultimowochse die gesamte Kapitalanlage der Bank in Devisen und Schekeln, Lombards und Effekten um 641,4 Millionen auf 2.744,5 Millionen Reichsmark erhöht. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schekeln um 362,3 Mill. auf 2.300,8 Mill. Rmk. und die Lombardbestände um 256,2 Mill. auf 317,7 Mill. Rmk. zugenommen. Die Reichsbankwechsel, an denen am Schluß der Vorwoche keine Bestände voranden waren, werden mit 23,5 Mill. Rmk. ausgewiesen.

In Reichsbanknoten und Rentenscheinen zusammen sind 740,1 Mill. Rmk. in den Verkehr abgesetzt, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 693,9 Mill. auf 4.674,0 Mill. Rmk., derjenige an Rentenscheinen um 46,2 Mill. auf

438,4 Mill. Rmk. erhöht. Dementsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenscheinen auf 8,8 Mill. Rmk. ermäßigt. Die fremden Gelder zeigen mit 383,1 Mill. Rmk. eine Abnahme um 36,8 Mill. Rmk.

Die Bestände an Gold und Zahlungsfähigen Devisen haben sich um 35,8 Mill. auf 2.378,7 Mill. Rmk. erhöht. Im einzelnen haben die Goldbestände um 0,1 Mill. auf 2180,2 Mill. Rmk. abgenommen, die Bestände an Zahlungsfähigen Devisen um 35,9 Mill. auf 198,5 Mill. Rmk. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein verminderte sich auf 46,6 Prozent gegen 64,8 Prozent in der Vorwoche, diesbezüglich durch Gold- und deckungsfähige Devisen auf 50,9 Prozent gegen 58,9 Prozent.

Was kostet der neue Reichstag?

Nicht viel weniger als der alte.

Der neue Reichstag hat zwar die Kürzung der Diäten um 20 Prozent mit Wirkung vom 1. November ab beschlossen, aber im Effekt tritt eine Ersparnis für das Reich durch diesen Wegfall an Diäten kaum ein, denn dadurch, daß die Zahl der Abgeordneten um 85 sich erhöht hat, werden ja die Gehälter an sich schon wesentlich höher.

Die Aufwandsentschädigungen, die man im Sprachgebrauch des Haushalts die Diäten nennt, belaufen sich für das Jahr 1931 auf 4.083.200 Rmk. gegenüber 4.355.000 Rmk. im Vorjahre. Die Abgeordneten erhalten monatlich jetzt 600 gegenüber früher 750 Mark Diäten; die Aufwandsgehälter des Reichstagspräsidenten sind ebenfalls wesentlich herabgesetzt und zwar auf 28.800 Mark, und für die Anwesenheitsgehälter steht noch ein Betrag von 100.000 Mark zur Verfügung. Auch davon werden noch die Beträge auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen abgezogen.

Die Kosten für die Freifahrt der Abgeordneten haben wegen der Erhöhung der Zahl der Abgeordneten einen starken Zuwachs und zwar um rund 220.000 Mark erfahren und stellen sich jetzt auf 1,5 Millionen Mark.

Seit Jahren schon ist der Reichstag auf der Suche nach Möglichkeiten zur Beschaffung neuer Bibliotheks- und Arbeitsräume. Die Verhältnisse sind in der Tat, zumal nach der so starken Erhöhung der Abgeordnetenziffer, unhaltbar. Die räumlichen Verhältnisse für die Bibliothek bedürfen dringender Veränderung, und die jetzt bekannt gewordene Tatsache vom Diebstahl der Verfassungsurkunde des Frankfurter Parlaments und anderer wichtiger Dokumente, deren Sammlerwert mehrere hunderttausend Mark ausmacht, beleuchtet ja die unzulänglichen Zustände in außerordentlich drastischer Form.

Berlin, 4. Nov. Die Einzelhaushalte der verschiedenen Ministerien für das kommende Jahr zeigen das deutliche Bestreben, unter allen Umständen an den Ausgaben des Reiches zu sparen. Das trifft besonders in den zahlreichen Ausgabenposten in die Erscheinung, die im vorigen Jahr im Etat enthalten waren, aber jetzt gestrichen worden sind. Wo diese radikale Methode nicht anwendbar erschien, sind sehr häufig starke Abstriche erfolgt.

Deutschlands Marinebauprogramm.

Berlin, 4. Nov. Dem neuen Haushalt der Reichsmarine für 1931 ist ein Schiffsbauprogramm als Beilage für den Zeitraum von 1931 bis zunächst 1936 angefügt. Die Aufnahme dieses Bauplanes in den Etat selbst ist auf einen Reichstagsbeschluss vom vorigen Jahre zurückzuführen. Der "Schiffsbauprogramm" sieht u. a. vor, daß das Panzerschiff "Erzherzog Franz Josef" (Gesamtkosten 75 Mill. Rmk.) auf den deutschen Werften in Kiel 1932 fertig wird. Panzerschiff "Erzherzog Lothringen" (73 Mill. Rmk.) soll 1931 auf der Marinewerft in Wilhelmshaven begonnen, 1934 fertiggestellt, "Erzherzog Braunschweig" 1932 begonnen und 1936 fertiggestellt, "Erzherzog Elb" 1934 begonnen werden. Der auf der Marinewerft im Bau befindliche Kreuzer Leipzig soll 1931 fertig werden und insgesamt rund 42 Mill. Rmk. kosten. Vier Reiseretörer sollen 1934 bis 1936, fünf Bewachungsfahrzeuge für 2,9 Mill. Rmk. 1931 bis 1932, fünf Torpedoboots ab 1936 gebaut werden. Artillerie-Hulboot "Erzherzog Drache" (Gesamtkosten 9,54 Mill.) wird 1931 auf der Marinewerft fertig. Artillerieschulboot "Erzherzog" soll 1936 beginnen. Sieben Sperrübungsfahrzeuge für 1,5 Mill. sollen 1931/32 gebaut werden. Als Gesamtjahresbetrag für Schiffsneubauten wird für die sechs Jahre, die der Plan umfaßt, die Durchschnittssumme von 50 Mill. angegeben. Das Panzerschiff "Erzherzog Lothringen" soll übrigens um 2 Mill. billiger werden als "Erzherzog Preußen".

Entwurf zur Durchführung der Gemeindebesteuerung.

Berlin, 4. Nov. Mit dem Entwurf zur Durchführung der Gemeindebesteuerung, Getränkesteuer und Bürgersteuer beschäftigt sich der Hauptausschuß des Preussischen Landtages. Ministerialdirektor von Lehden schätzte die Einnahmeausfälle der Gemeinden für 1931 durch geringere Steuererträge und höhere Wohlfahrtslasten auf 607 Mill., denen aber nur Mehreinnahmen auf Grund der neuen Steuern, der Besoldungssteuern u. a. von 495 Mill. gegenüberstünden, so daß ein Minus von 112 Mill. bleibe. Die zwingende Vorschrift, daß die Aufsichtsbehörde, soweit es zum Ausgleich des Haushalts der Gemeinde erforderlich ist, mit Zustimmung der Beschlußbehörde die Gemeinde-Ver-, Getränke- und Bürgersteuer oder einzelne dieser Steuern einzuführen hat, wurde in eine Kannvorschrift umgewandelt.
